

Für Soziale Gerechtigkeit – Gegen die Armut-Agenda

1.) Arbeitszeitverkürzung und mehr Beschäftigung !

Die Arbeitszeiten sollen verkürzt werden - den Bestrebungen der Unternehmen und ihrer Verbände zur Erhöhung der Arbeitszeit muss entgegengetreten werden. Löhne müssen kontinuierlich erhöht werden - neoliberalen Politiken zur realen Kürzung der (Stunden-) Löhne muss begegnet werden. Es muss mehr Beschäftigung geben. Arbeit ist gerechter zu verteilen. Wo keine Beschäftigung möglich ist, ist eine existenzsichernde Lohnersatzleistung von Nöten.

2.) Existenzsichernde Löhne für die unteren Lohngruppen !

Für die unteren Lohngruppen, auf die viele Erwerbslose angewiesen sind, ist der tarifliche Mindestlohn gesetzlich zu sichern. Ergänzend soll ein allgemeiner, existenzsichernder, gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden. Zumutbar ist eine Arbeit dann, wenn sie nach Tariflohn bezahlt wird. An die Sittenwidrigkeit grenzende Niedriglöhne sichern weder Existenzen noch Kaufkraft. Auch bei kommunalen Arbeitsverpflichtungen muss es tarifliche Entlohnung geben. Die Rahmenbedingungen für gewerkschaftliches Handeln sollen verbessert werden.

3.) Existenzsicherung für Erwerbslose !

Allen, denen keine existenzsichernde Arbeit gegeben werden kann, muss ein existenzsicherndes Grundeinkommen zur Verfügung gestellt werden, das höher ist als das jetzt beschlossene *Arbeitslosengeld II* bzw. die heutige Sozialhilfe. Die Lohnbezogenheit des *Arbeitslosengelds* ist zu bewahren. Druck auf die Erwerbslosen schafft keine Arbeitsplätze, sondern erhöht nur die Armut bei den Arbeitslosen und den Reichtum in den oberen Bevölkerungsschichten.

4.) Armut und Reichtum gerechter verteilen !

Armut und Reichtum müssen gerechter verteilt werden. Große Vermögen und umfangreiche Erbschaften sind zur Finanzierung der staatlichen Kassen wieder stärker in die Verantwortung zu nehmen. Die besondere Rolle der Bundesländer soll verdeutlicht werden. Nur Reiche können sich arme Kommunen und einen schwachen Staat leisten. Öffentliche Dienstleistungen müssen sozial gerechter gestaltet werden (z.B. bei Kinderbetreuung und Bildung). Die sozialen Sicherungssysteme sind zu festigen. Die Kaufkraft der unteren Einkommensschichten, bei denen sich jeder Euro belebend für die Wirtschaft auswirkt, muss gestärkt werden. Investitionen, insbesondere der Öffentlichen Hand, sind auszuweiten.

Weitreichende Informationen über das Ausmaß des Sozialabbaus sind erforderlich. Aufklärung über die globale Anhäufung von Reichtum in den Händen weniger tut Not. Die traditionellen Aktionsformen in der gewerkschaftlichen Erwerbslosenarbeit (z.B. Jagoda- bzw. St.Florians-Tage, Weltspartag, Info-Stände, Demos vor Ort, usw.) sollen verstärkt genutzt werden. Weitere Aktionen sollen zusammen mit den Beschäftigten entwickelt werden.

Alle Erwerbslosen sind aufgerufen, sich an der aktuellen Unterschriften-Kampagne von *ver.di* zu beteiligen.

Bei Demonstrationen gegen den Sozialabbau soll den Erwerbslosen und anderen Interessierten die Teilnahme erleichtert werden (z.B. durch örtliche und regionale Aktionen). Insbesondere im Herbst 2004 (z.B. im November) sollen größere Kundgebungen für mehr soziale Gerechtigkeit und gegen den Sozialabbau in den Landeshauptstädten stattfinden.

Der Bundeserwerbslosenausschuss soll sich (im Rahmen der Möglichkeiten) an der für 2005 geplanten Gründung eines deutschen Sozialforums beteiligen (die Landeserwerbslosenausschüsse entsprechend bei Sozialformen und ähnlichen Kooperationsformen in den Bundesländern).

In den Ausschüssen vor Ort, in Arbeits- und Aktionsgruppen muss eine Vielzahl von Aktivitäten in Angriff genommen werden. Die Zusammenarbeit auf den verschiedenen Ebenen bei *ver.di*, mit den Fachbereichen und den anderen Personengruppen, mit den gewerkschaftlichen Erwerbslosengruppen der Einzelgewerkschaften und des DGB sowie dem DGB und Einzelgewerkschaften soll verbessert werden. Alle Erwerbslosen sind aufgerufen, sich bei örtlichen (bzw. bezirklichen) Aktionskomitees der Gewerkschaften zu beteiligen.

Für gemeinsame Aktionen sollen Bündnispartner (Erwerbslosengruppen außerhalb des Gewerkschaftsbereichs, Sozialverbände, Kirchen, Erwerbslosenparlamente o.ä.) gewonnen werden.

Die Proteste richten sich an die Bundes- und Länderregierungen, an die politischen Parteien, die die *Agenda-2010* tragen und verschärfen wollen, an die Unternehmensverbände (Bund, Länder, Branchen) und an die Medienunternehmen, die neoliberale Verarmungsstrategien unterstützen.